

Mehr und mehr biometrische Massenüberwachung in der EU

EINE RECHTLICHE ANALYSE DER
BIOMETRISCHEN MASSENÜBERWACHUNG IN
DEUTSCHLAND, DEN
NIEDERLANDEN UND POLEN

Von Luca Montag, Rory Mcleod, Lara De Mets, Meghan Gauld, Fraser
Rodger und Mateusz Pelka von der Edinburgh International Justice
Initiative (EIJI)

Gesamtzusammenfassung

Im Auftrag von European Digital Rights (EDRi)

▼ [Lesen Sie den vollständigen Bericht hier.](#)

Vorwort von European Digital Rights (EDRi)

Im Mai 2020 hat das EDRi-Netzwerk unser Positionspapier "[Ein Verbot biometrischer Massenüberwachung](#)" veröffentlicht. Dieses Papier wurde als Antwort auf den erschreckenden Aufstieg von Gesichtserkennung und anderen biometrischen Massenüberwachungspraktiken in ganz Europa veröffentlicht. In diesem Papier und auch in unserer politischen Arbeit haben wir zeigen können, wie jeder Einsatz biometrischer Technologien in öffentlich zugänglichen Räumen gesetzwidrige Massenüberwachung darstellt, wenn die Technologie unterschiedslos oder stichprobenartige eingesetzt wird – unabhängig davon, ob der Einsatz durch die Polizei, die öffentlichen Verwaltung oder Konzerne erfolgt.

Wir haben gezeigt, dass per Definition jeder Einsatz von Biometrie, der zu Massenüberwachung führen kann, unnötig und unverhältnismäßig im Sinne europäischer Menschenrechtsgesetze ist.

Wir haben auch die enormen Risiken und Schäden für Privatsphäre, Datenschutz, Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung und

andere Grundrechte der Menschen aufgezeigt, die durch biometrische Massenüberwachung verletzt werden. Sowohl in den Niederlanden als auch in Deutschland **werden solche Systeme wiederholt aus wichtigen und unverhältnismäßigen Gründen eingesetzt, besonders vor dem Hintergrund des tiefen Eingriffs, den sie mit sich bringen.** Die Anzahl der Treffer ist gering und selbst wenn es zu Treffern kommt, ist der Nutzen von vernachlässigbarem öffentlichem Interesse. Das bedeutet, dass **diese Systeme selbst dann nicht in der Lage sind, ihre erklärten Ziele zu erreichen, wenn sie funktionieren wie vorgesehen.** Die Forscher*innen sagen zu den aktuellen Praktiken und Werkzeugen:

„Der Einsatz erfolgt weniger als Antwort auf konkrete und nachweisbare Bedrohungen, sondern vielmehr wahllos als Vorsichts- oder Abschreckungsmaßnahme.“

Jeder Eingriff in die Rechte der Menschen auf biometrischen Datenschutz muss notwendig und verhältnismäßig sein. Dennoch sind die Rechtfertigungen, die in den Beispielen im Bericht verwendet wurden regelmäÙig abstrakt und vermeintlich "präventiv". Anstatt für Sicherheit zu sorgen, werden Menschen weniger sicher gemacht indem **Kosten und vermeintliche Effizienz über berechnete Bedenken und Sorge um Grundrechte gestellt werden.**

Andere Trends, die identifiziert wurden, beinhalten, dass **Datenschutzbehörden aufgrund eines gravierenden Mangels an Ressourcen nicht in der Lage sind, bestehende Schutzvorschriften durchzusetzen.** Dieses Problem wird dadurch verstärkt, dass – wie EDRI bereits angeführt hat – **bestehende Gesetze in Bezug auf biometrische Daten klare Mängel aufweisen: Sie beinhalten erhebliche Ermessensspielräume, Graubereiche und Potenzial für gezielte Fehlanwendung von Regeln (wie etwa der Missbrauch der informierten Einwilligung als Rechtsgrundlage) und erlauben so de facto Massenüberwachung in der EU.**

Aktivitäten zum Etablieren und Ausweiten biometrischer Massenüberwachung wurden häufig geheim gehalten und als „Pilotprojekte“ bezeichnet, um regulatorische Aufmerksamkeit zu vermeiden.

In Polen gingen Bemühungen weniger dahin, live-Gesichtserkennung in öffentlich zugänglichen Räumen einzusetzen – wie es dieser Forschungsarbeit zufolge in Deutschland und den Niederlanden üblich ist – und mehr in Richtung des Aufbaus von Datenbanken und Infrastruktur, die biometrische Massenüberwachung in Zukunft ermöglichen und fördern können (genau wie die Forschung es in den letzten Jahren in Deutschland und den Niederlanden aufgezeigt hat). Darüber hinaus wird gezeigt, **dass die Aufnahme**

biometrischer Daten in nationale Ausweispapiere, wie in Polen und Deutschland, nicht legitim ist. Darüber hinaus haben sowohl in Deutschland als auch in Polen Behörden die COVID-19-Pandemie als trojanisches Pferd benutzt, um Überwachungsmaßnahmen auszuweiten und über gesetzliche Schranken hinweg aufrechtzuerhalten. Zum Beispiel sucht die Polizei in Polen weiterhin die Wohnungen von Menschen auf, die die Gesichtserkennungs-„Heimquarantäne-App“ nutzen, selbst nachdem die Quarantäne endete.

Ein weiterer ernsthaft besorgniserregender Trend, der identifiziert wurde, besteht darin, dass **biometrische Massenüberwachungstechnologien unverhältnismäßig gegen bestimmte Gruppen eingesetzt werden.** In Deutschland wurden religiöse und LGBT+-Gruppen Ziel von live-Gesichtserkennung. In den Niederlanden wurden Ausländer in pseudo-kriminelle biometrische Datenbanken aufgenommen, allein aus dem Grund, dass sie „fremd“ sind. Das dystopische „Living Labs“-Projekt hat ganze Bevölkerungsgruppen als Versuchsobjekte verwendet – oft ohne deren Wissen, wobei ihre biometrischen Daten mit anderen Daten zusammengeführt wurden, um zu versuchen, ihre Aggressionsniveau und die Entwicklung ihres Lebens (z.B. der Bildung) vorherzusagen. **Dies geschieht in einem Sozialsystem, das bereits dafür bekannt ist, arme Menschen, Angehörige der Arbeiterklasse und Farbige zu bestrafen und zu kriminalisieren.**



Ungeachtet der Tatsache, dass es seit der Veröffentlichung von "[Ein Verbot biometrischer Massenüberwachung](#)" bemerkenswerte Erfolge dabei gab, rechtswidrige biometrische Überwachung in Europa zu stoppen, nimmt das Problem weiter zu.

Der Auftrag von EDRi wichtiger ist wichtiger denn je. Die Forscher*innen fassen zusammen:

„Der Einsatz biometrischer Massenüberwachung in öffentlichen Räumen hat in den letzten Jahren zugenommen und wurde schleichend gängige Praxis.“

Seit Oktober 2020 tritt dem die von EDRi geführte Kampagne [Reclaim Your Face](#) entgegen, trotz der Behauptung der EU-Kommission, dass die aktuellen Regeln und Maßnahmen ausreichend seien.

Das Gegenteil ist der Fall: Diese Forschungsarbeit zeigt klar die Lücke zwischen einem echten Verbot – bei dem schädliche und rechtsverletzende Verwendungen von vornherein ausgeschlossen wären - und dem heutigen Wilden Westen der Massenüberwachung, in dem private Unternehmen, Profit und der staatliche Drang, Menschen jederzeit zu überwachen und zu kontrollieren, vorherrschen.

[Lernen Sie mehr über die Reclaim Your Face-Kampagne für ein Verbot biometrischer Massenüberwachung.](#)



Einführung in die Länderstudie

Deutschland von EDRI:

Die erste Fallstudie in diesem Bericht konzentriert sich auf Deutschland, ein Land, von dem oft als Beispiel für hohe Standards in Sachen Privatsphäre und Datenschutz gesprochen wird. Doch die Untersuchung enthüllt die systematischen Massenüberwachung, die sich sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor (und oft in der Verquickung beider miteinander) in Deutschland zeigt. Sie zeigt besorgniserregende Trends des Einsatzes biometrischer Massenüberwachung im Geheimen, der strukturelle Diskriminierung verschärft und ernste Bedrohungen für die Menschenwürde darstellt.

Wie diese Fallstudie zeigt, unterliegen Menschen in deutschen Straßen, in Einkaufszentren, an religiösen Treffpunkten und an Bahnhöfen allesamt invasiver biometrischer Massenüberwachung. Der berüchtigten Firma Clearview AI wurde nachgewiesen, dass sie rechtswidrig Daten deutscher Bürger nutzt. Dennoch konnte Clearview AI es vermeiden, mit Bußgeldern belegt zu werden und es wurde von den deutschen Behörden auch kein Ende der rechtswidrigen Praktiken angeordnet. Ständig wachsende biometrische Identitätsdatenbanken, die vom Staat betrieben werden, lassen es fraglich erscheinen, ob Deutsche eine echte Wahl

haben, in die Herausgabe ihrer biometrischen Daten einzuwilligen, wie es vom EU-Recht gefordert wird.

Diese Forschung zeigt auf, wie im Lauf von fast zwanzig Jahren biometrische Überwachungsinfrastrukturen in Deutschland im Stillen gewachsen sind. Die Beweise zeigen, dass in den letzten Jahren Gesichtserkennungsalgorithmen zunehmend nachträglich – und rechtswidrig – auf gesammeltes Bildmaterial angewendet werden. Es gab einen Anstieg von vermeintlichen Standard-Überwachungskameras, die auch biometrisch überwachen können, ungeachtet der Frage, ob diese Praxis in der Jurisdiktion, in der sie verkauft werden, rechtmäßig ist.

Ein weiteres Beispiel ist, dass seit 2018 sogenannte „biometrie ready“-Kameras in der Stadt Köln installiert wurden, die Arztpraxen, Anwaltskanzleien, Gebetsstätten und LGBT+-Treffpunkte überwachen. EU- und nationale Gesetze fordern, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten stets notwendig und verhältnismäßig unter den konkreten Umständen ist. Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache, dass die Polizei biometrische Massenüberwachungsgeräte ohne konkreten Zweck installiert und damit Bereiche abdeckt, in denen Menschen leicht Charakteristika

(z.B. Religion oder Sexualität) zugeordnet werden können, was mit einem hohen Diskriminierungsrisiko einhergeht – einfach „für alle Fälle“ – nicht nur erschreckend, sondern spricht den Prinzipien des Datenschutzes und der Grundrechte Hohn.

Im Jahr 2021 schritt das Verwaltungsgericht Köln ein und stoppte den Einsatz dieser Geräte. Aber die endgültige Entscheidung steht noch aus. Dies zeigt die Gefahren, die mit der Europäischen Regelung einhergehen, die solche Anwendungen nicht von vornherein verhindert. Dies sind einige der vielen Gründe, mit denen das EDRi-Netzwerk argumentiert, dass bestehende „im-Prinzip“-Verbote und Beschränkungen biometrischer Datenverarbeitung nicht ausreichen, um die Rechte und Freiheiten der Menschen zu schützen. Bestehende Gesetze bedeuten kein echtes Verbot und EU-weites Handeln ist notwendig, um biometrische Massenüberwachung zu verbieten.

▼ [Lesen Sie den vollständigen Bericht hier.](#)